



24.3145 Schwerwiegende Folgen der fehlenden Behandlung postnataler Depression verhindern

Viele Mütter sind von einer postnatalen Depression betroffen. Für die Frau und die Familie ist das eine grosse Belastung, die auch den Kleinsten den Start ins Leben erschwert. Hier braucht es Grundlagen, damit besser geholfen werden kann.

Yvonne Feri, Stiftungsratspräsidentin Kinderschutz Schweiz, ehem. Nationalrätin

**Kinder schützen.
Kinder stärken.**

**Wir sind die starke Stimme
der Kinder in der Schweiz.**



Liebe Kolleginnen und Kollegen

Zahlen zur Kinder- und Jugendhilfe und zu den Kinderrechten gibt es in der Schweiz nur als Flickenteppich. Der Bund soll die Harmonisierung von kantonalen Daten und die Schliessung von Lücken in der Datenerhebung einfordern. Stimmen Sie der Motion 22.4505 zur Verbesserung der Datenlage in der Umsetzung der Kinderrechte zu, und stärken Sie damit den Schutz der Kinder.

Christine Bulliard-Marbach, Nationalrätin

EMPFEHLUNG

	DATUM	GESCHÄFT	
NATIONALRAT	27.05.	21.504 Pa. Iv. NR (SPK-N): Bei häuslicher Gewalt die Härtefallpraxis nach Artikel 50 AIG garantieren Opfer häuslicher Gewalt aus Drittstaaten sollen die Möglichkeit haben, die Ehe oder die Familiengemeinschaft aufzulösen, ohne ihr Aufenthaltsrecht zu verlieren – dadurch werden auch Kinder besser vor Gewalt geschützt.	✓
	27.05.	23.057 Geschäft des Bundesrates: ZGB. Änderung (Massnahmen gegen Minderjährigenheiraten) Eheschliessungen mit Minderjährigen beinhalten immer auch die Gefahr von sexualisierter Gewalt. Es ist richtig, ein starkes Signal dagegen zu setzen und diese Ehen möglichst zu verhindern.	✓
	12.06.	22.4505 Mo. Müller-Altarmatt: Datenlage zur Umsetzung der Kinderrechte verbessern Mit der Schaffung einer schweizweit harmonisierten Datengrundlage kann der Schutz der Kinder zielgerichtet und effizient vorangebracht werden.	✓
STÄNDERAT	04.06.	24.3145 Po. Roth: Schwerwiegende Folgen der fehlenden Behandlung postnataler Depression verhindern Eine Nicht- oder Fehlbehandlung einer postnatalen Depression birgt auch für die Kinder erhebliche Risiken. Es braucht einen Überblick über die Prävalenz und die Versorgungssituation, um nötige Verbesserungen in die Wege zu leiten.	✓
	12.06.	23.4311 Mo. NR (SiK-N): Verfassungsgrundlage für eine Bundesregelung des nationalen polizeilichen Datenaustausches Zur Bekämpfung der Cyberpädokriminalität müssen die Polizeikörper jederzeit schnell auf alle in der Schweiz verfügbaren polizeilichen Daten zugreifen können.	✓

Montag, 27. Mai **21.504** Parlamentarische Initiative Nationalrat (SPK-N) ✓

Bei häuslicher Gewalt die Härtefallpraxis nach Artikel 50 AIG garantieren

Für die Opfer häuslicher Gewalt ist es von grundlegender Bedeutung, dass sie die Möglichkeit haben, sich aus der Beziehung zu lösen. Der drohende Verlust einer Aufenthaltsbewilligung soll in der Schweiz als Signatarstaat der Istanbul-Konvention kein Grund sein, um weiter in einer von Gewalt geprägten Beziehung ausharren zu müssen. Mit der vorgeschlagenen Anpassung des Bundesgesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer und über die Integration (AIG) werden insbesondere auch betroffene Kinder besser vor Gewalt geschützt, indem der Kreis der Personen, die sich auf die Härtefallregelung nach Art. 50 AIG berufen können, umfassender formuliert wird. Um Betroffene und deren Kinder nachhaltig zu schützen, sollte zudem die Überprüfung der Integrationskriterien für drei Jahre keinen Einfluss auf die Verlängerung der Aufenthaltsbewilligung haben.

→ **Kinderschutz Schweiz empfiehlt, den Entwurf für eine Änderung des AIG anzunehmen und dabei der Kommissionsmehrheit zu folgen.**

Montag, 27. Mai **23.057** Geschäft des Bundesrates: ZGB. ✓

Änderung (Massnahmen gegen Minderjährigenheiraten)

Minderjährigenheiraten bedeuten ein erhöhtes Risiko für psychische, sexuelle oder körperliche Gewalt an verheirateten Kindern. Die Verheiratung von Minderjährigen muss deshalb möglichst verhindert werden. Die vorgeschlagenen Gesetzesanpassungen werden diesem Vorhaben gerecht: Im Ausland geschlossene Ehen mit Personen unter 16 Jahren sollen in der Schweiz nicht anerkannt werden, genauso wenig wie die «Sommerferienehen», bei denen ein Ehegatte zum Zeitpunkt der Eheschliessung mit einer minderjährigen Person im Ausland den Wohnsitz in der Schweiz hat. Die von der Kommission beantragte Streichung der Interessenabwägung schützt Kinder, da betroffene Minderjährige in der Interessenabwägung oft unter grossem Druck der Familie stehen, die Ehe gegen den eigenen Willen weiterzuführen.

→ **Kinderschutz Schweiz empfiehlt, den Entwurf anzunehmen und dabei der Kommissionsmehrheit zu folgen.**

Mittwoch, 12. Juni **22.4505** Motion Müller-Altarmatt ✓

Datenlage zur Umsetzung der Kinderrechte verbessern

Der UNO-Ausschuss für die Rechte des Kindes hat die Schweiz wiederholt dazu aufgefordert, die fragmentierte und uneinheitliche Datenerhebung zu Belangen, die Kinder und die Umsetzung der Kinderrechtskonvention betreffen, zu verbessern. Es fehlt eine Gesamtschau zur Lebenssituation von Kindern in der Schweiz. Verfügbare Zahlen sind in verschiedensten nationalen und kantonalen Statistiken verstreut und oft nicht vergleichbar. Vielfach fehlen die Zahlen gänzlich. Schutz braucht Wissen: Damit die Rechte der Kinder gewährleistet werden können — insbesondere der Schutz vor allen Formen der Gewalt —, braucht es eine umfassende, einheitliche Kinder- und Jugendhilfestatistik.

→ **Kinderschutz Schweiz empfiehlt, die Motion anzunehmen.**

Dienstag, 4. Juni **24.3145** Postulat Roth ✓

Schwerwiegende Folgen der fehlenden Behandlung postnataler Depression verhindern

Damit Kinder nicht in ihrer gesunden Entwicklung gefährdet werden, ist eine rasche und professionelle Behandlung von Müttern, die unter einer postnatalen Depression leiden, notwendig. Idealerweise werden Mutter und Kind dabei nicht getrennt. Entsprechende Angebote gibt es aber lediglich in sieben Kantonen, zudem fehlt es an genügend qualifiziertem Fachpersonal und Weiterbildungen. Lange Wartezeiten und administrative sowie finanzielle Hürden für einen Zugang zu Hilfsangeboten gefährden Mütter und Kinder. Um Abhilfe zu schaffen, muss aufgezeigt werden, wie ergänzende ambulante Angebote geschaffen und Angebotslücken geschlossen werden können.

→ **Kinderschutz Schweiz empfiehlt, das Postulat anzunehmen.**

Mittwoch, 12. Juni **23.4311** Motion Nationalrat (SiK-N) ✓

Schaffung einer Verfassungsgrundlage für eine Bundesregelung des nationalen polizeilichen Datenaustausches

Kriminelle Aktivitäten machen nicht an Kantons- oder Landesgrenzen halt. Für eine wirksame Bekämpfung der Gewalt gegen Kinder ist es deshalb wichtig, dass die Polizeiorgane ihre Daten einfach und schnell austauschen können. Eine nationale Abfrageplattform (POLAP) ist bereits im Aufbau und ein Entwurf für ein interkantonales Konkordat über den Austausch von Polizeidaten liegt vor. Aufgrund der Polizeihochheit der Kantone muss aber sichergestellt werden, dass diese sich demnächst tatsächlich am notwendigen Austausch polizeilicher Daten beteiligen werden. Eine neue Verfassungsgrundlage ist ein angemessenes Mittel, um die angestrebten Ziele erreichen zu können. Auch die Kommission spricht sich für diesen Weg aus.

→ **Kinderschutz Schweiz empfiehlt, dem einstimmigen Antrag der SiK-S zu folgen und die Motion anzunehmen.**